

Kulturgeschichte des Preußenlandes vom ausgehenden 18. bis zum 20. Jahrhundert

Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom
11. – 13. Juni 1999 in Görlitz

Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung traf sich zu ihrer Jahrestagung 1999 in der schlesischen Grenzstadt Görlitz. Ort der Veranstaltung war der Große Ratssaal des Rathauses, wo Bürgermeister Ulf Großmann als Vertreter des Gastgebers und Markus Bauer, Leiter des Schlesischen Museums Görlitz, die Teilnehmer der Konferenz begrüßten. Nicht zu unrecht betonten sie den böhmischen, fast italienischen Charakter der Stadt, der viel zu dem traditionellen Klima geistiger Toleranz beigetragen habe und heute in der Europa- und Doppelstadt Görlitz-Zgorzelec zum Ausdruck komme.

Ein weitgefächerter Themenkreis zur Kulturgeschichte des Preußenlandes zwischen dem ausgehenden 18. und dem 20. Jahrhundert stand im Zentrum der Görlitzer Tagung. Den Auftakt bildete ein Beitrag von Rolf *Straubel* (Berlin) zu den „Königsberger Kriegsräten und Kaufleuten. Soziale Kontakte, wirtschaftspolitische Einflußnahme (1763-1806)“. *Straubel* zeichnete das Porträt eines starken Königsberger Bürgertums, das schon zu friderizianischer Zeit Forderungen nach Handelsfreiheit erhob. Dessen Selbstbewußtsein spiegelte sich im Personal der Königsberger Kriegs- und Domänenkammer, wo viele Söhne von Pächtern beschäftigt waren. Diese besondere regionale Verwurzelung der Beamtenschaft suchte schon Friedrich II. durch Versetzungen zu durchbrechen, doch mühten sich die Väter, ihre Söhne am Ort zu halten. Da der Königsberger Stapel Zentralisierungstendenzen mit sich brachte und auch zu Zuwanderung aus dem Umland führte, lag es nahe, daß sich Kaufmanns- und Beamtenschaft durch Heirat und Patenschaften vielfach untereinander verbanden, wodurch die Kammer zu einer Interessenvertretung des Königsberger Handels wurde. Dies kam etwa in der Freigabe des Transithandels für Tuche nach Polen und Rußland von 1771 zum Ausdruck, einer Maßnahme, die gegen Danzig und Riga gerichtet war. Die Berliner Zentralbehörden warnten vor einem zu großen Einfluß der Kaufleute, hier werde das Staats- dem Eigeninteresse nachgestellt. So kann es nicht wundern, daß solche Interessenkonflikte das Verhältnis von Zentrale und Provinz bestimmten und Zeugnisse eines selbstbewußten Bürgertums sind.

Ewa Jębrowska (Olsztyn/Allenstein) stellte ihren Vortrag „Das Hochpreußische im Ermland als Siedeldialekt und sein Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg“ unter die zwei Kernfragen, inwieweit die Siedlungsgeschichte auch die Dialektgeschichte widerspiegele und was das Schicksal dieser Dialekte nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen sei. Der hochpreußische Dialekt entstand durch die Ostsiedlung. In einem Abriss der Siedlungsgeschichte des Ermlandes wurde der Verlauf dieses Prozesses dargestellt, in dem – vor allem im Süden des Ermlandes – durch schlesische Siedler und die intensiven Beziehungen zwischen Preußen und Schlesien mittels Kaufleuten, Klerikern oder Bauern auch das Schlesische eine bedeutende Rolle spielte. So entstand das Hochpreußische in Abgrenzung vom Niederdeutschen als koloniale Ausgleichssprache, ein Begriff, den Theodor Frings anhand des Schlesischen als Produkt aus dem Meißnischen und der Sprache des Alt(-siedel-)landes geprägt hat. Die Grenze zwischen diesen beiden Sprachzonen im Ermland bildete die Passarge. Mit der Vertreibung löste sich diese Sprachlandschaft auf, im Lande Verbliebene wurden polonisiert. Es blieben jedoch Sprachinseln erhalten, ganze Dörfer, in denen die alte Mundart weiterlebte, deren Schicksal mit der vergehenden Zeit aber absehbar ist.

Einen zweiten sprachlichen Ansatz bot Thomas *Braun* (Kiel) mit der „Wahrnehmung der Nachbarn in mundartlichen Redewendungen und Sprichwörtern ost- und westpreußischer Provenienz“. Sprichwort stellt dabei einen offenen Begriff dar, der auch Phrasen, Floskeln oder

Klischees umfaßt. Grundlage ist das Gegensatzpaar von Nähe und Ferne, aus dem sich der Nachbar definiert. Handelt es sich um benachbarte Ortschaften führen geographische Gegebenheiten häufig zu Spottwörtern. Bei benachbarten Landschaften wie Kaschubei, Oberland, Samland, Nehrung griffen ebenfalls Stereotypen. So sah man Kaschuben als langsam oder ungehobelt oder standhaft oder schlau an. Mit der Entfernung nimmt ihre Herabsetzung zu. Die Fischer der Kurischen Nehrung galten als trinkfest. Der Oberländern sagte man nach, sie „redeten sogar mit einer Kuh französisch wenn nötig“. Der konfessionelle Gegensatz brachte härtere Bandagen mit sich: Negative Eigenschaften wurden herausgehoben, Schimpfwörter häufig benutzt. Die nationale Ebene zeigt noch schärfere Gegensätze. Der „Pole“ wurde zum Inbegriff nationaler Vorurteile, polnisch zu sein bedeutete ungeschickt, dumm, unordentlich, nicht korrekt zu sein. Die polnische Selbstbezeichnung wurde zum „Polacken“, zum Schimpfwort. Redensarten über Litauer waren weniger zahlreich und nicht unbedingt negativ: Sie galten als gute Reiter, wußten sich zu helfen, waren aber oft unzuverlässig. Auch zu Russen gab es nicht viele Redensarten. Ihnen sagte man nach, kräftig zu sein und viel auszuhalten. Rußland war aber auch synonym für Armseligkeit.

Ronny *Kabus*, Leiter des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg, gab in seinem Vortrag „Museum mit Zukunft? Der Beitrag des Ostpreußischen Landesmuseums zur Erforschung, Pflege und Verbreitung von Geschichte und Kultur Ostpreußens“ einen Einblick in die Arbeit seines Hauses. In einem geschichtlichen Abriß der Idee der Förderung ostdeutscher Landesmuseen durch den Bund ging er auf das seit 1958 bestehende Ostpreußische Jagdmuseum, den Vorgänger des seit 1987 bestehenden Landesmuseums ein. Sein Haus sieht er in der Tradition der Königsberger Museen, so etwa der des alten Prussia-Museums. Ausgewählte Exponate und deren Erwerbungs geschichte illustrierten die Arbeit des Lüneburger Museums.

Eine interessante Kontroverse boten Ingo *Haar* (Berlin), der über „Volkstumspolitik als Paradigma und der Königsberger Historikerkreis“ sprach, und Christian *Tilicki* (Berlin) mit seinem Beitrag „Von der ‚Grenzlanduniversität‘ zum ‚geistigen Zentrum‘ nationalsozialistischer Neuordnung des Ostraumes? Aspekte der Königsberger Universitätsgeschichte im Dritten Reich“. *Haar* ging dabei vom Paradigma der Volks- und Kulturbodenforschung aus, deren Ziel die Revision von Versailles war. Über die Analyse der deutschen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten sei es zu einem Aufstieg der völkischen Geschichtsschreibung gekommen. Auch die Königsberger Historiker um Hans Rothfels und Historiker der jüngeren Generation nutzten den Begriff des Volkstums als fachübergreifendes Moment. Dabei wurden Kriterienkataloge entwickelt, die – so Haar – der Selektierbarkeit im Sinne des NS-Ideologie nahe kamen. Der Aufbau der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft unter Federführung Albert Brackmanns und Hermann Aubins habe dann die Einbindung in die Volksgruppenpolitik des Nationalsozialismus vertieft. Man habe sich bemüht, eine Kontinuität zwischen der Siedlungspolitik Preußens und der des III. Reiches nachzuweisen und das Führerprinzip in der Wissenschaft durchgesetzt. Die Quellenarbeit der Gemeinschaft habe als Basis der NS-Politik gedient. So sei die endgültige Integration in den NS-Staat nach 1938 problemlos erfolgt. Dem entsprach umgekehrt die Forderung der Politik nach einer Offensive der Volkstumsforschung unter dem Leitbegriff des deutschen Lebensraumes. Für diesen Prozeß stehe Otto Brunner als Leiter der Forschungsgemeinschaft. Mit Ausbruch des Krieges habe man nach neuen Grenzen für ethnisch zu entmischende Zonen zu suchen begonnen und so die Rechtfertigung zur Aussiedlung von Polen geschaffen, die die polnischen Westgebiete ins Reich integrieren sollten. Die Berliner Akademie zur Deutschen Volksliste schließlich habe als nachgeordnete Einrichtung des RSHA nach dem Angriff auf die Sowjetunion durch seine Volkstumsforschung die wissenschaftlichen Grundlagen für Selektionen nach ethnischer Zugehörigkeit gelegt. Der Schritt zu einer rassistischen Volksbiologie sei aber nicht gemacht worden. Haar sieht die Volkstumsforschung als Form der Xenophobie, rassistisch ausschließend, politisch intentionalisiert mit einer innewohnenden Tendenz zur Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Die Frage nach ihrem Wert für die Forschung nach 1945 sei aber noch offen.

Tilicki legte seinem Vortrag die drei Fragen zugrunde, ob es einen determinierten Schritt von der Grenzlanduniversität zum Nationalsozialismus gegeben habe, wie tief die Nazifizierung der Albertina gewesen sei und ob die Nazifizierung Einfluß auf die Ostforschung der Albertina gehabt habe. Zunächst habe die vom Gauleiter Koch betriebene Hochschulrevolution nach 1933 zur Entlassung zahlreicher Professoren wie Rothfels und Ziesemer geführt und besonders in den Bereichen Medizin und Naturwissenschaften lasse sich ein Import von Nationalsozialisten belegen. Im Zuge solcher personeller Flurbereinigungen sei es nach 1933 zu einem Abbau der Ostforschung an den Universitäten gekommen. Die von der DDR-Forschung vertretene These eines Ausbaus der Ostforschung sei nachweislich ebenso falsch wie ihre Wiederholung durch Rezipienten wie Aly. Von diesem Abbau seien auch Königsberger Einrichtungen betroffen gewesen. So habe es auch bei den Historikern keinen Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte mehr gegeben, alle Versuche, Rothfels zu ersetzen, seien gescheitert, einen Erich Maschke habe man abgelehnt und nach Jena versetzt. Auch im Bereich des VDA habe es Ablösungen gegeben, wie Theodor Oberländer von seinen Aufgaben entbunden worden sei, weil das Regime überzeugt gewesen sei, er teile die NS-Expansionsvorstellungen eben nicht. Insgesamt seien die Ostforscher der anti-imperialistischen und föderalistischen Rothfels-Schule für die Nationalsozialisten unbrauchbar gewesen, weil für sie mit „völkisch“ ein Nebeneinander von Völkern und föderatives Denken verbunden gewesen sei. Die anschließende Diskussion der beiden Referenten zeigte, daß sie anhand identischer Quellen zu sich widersprechenden Folgerungen kamen, so daß man auf die Publikation der Beiträge und weitere Forschungen besonders gespannt sein kann.

In die Kunstgeschichte führte anschließend Reinhart *Strecke* (Berlin) „*Auf unerträglichen Sandwegen und vor bedeutenden Bauwerken. Schinkels Dienstreise nach West- und Ostpreußen im Jahre 1834*“. Inspektionsreisen führten Friedrich Schinkel in den 1830er Jahren in verschiedene Provinzen Preußens. Die Baudirektion legte Wert auf solche Reisen ihrer Mitarbeiter, wobei besonders auf den Chausseebau geachtet werden sollte. So standen bei Schinkels preußischer Reise Baufragen der Provinz und Beobachtungen zum Straßenbau im Vordergrund. Schinkel verlieh seinem Zorn über Schlamperei beim Königsberger Straßenpflaster ebenso Ausdruck wie seiner Sorge um den Erhalt der alten Giebelhäuser der Stadt. Er plädierte für den Erhalt der verbliebenen Urwälder und für den des Dorfes Nidden. Auch die großen Baudenkmäler der Provinz betrachtete Schinkel unter denkmalpflegerischen Aspekten. Die Einflüsse dieser Reise kamen später in seinem Entwurf für die Berliner Bibliothek zum Ausdruck, in dem Bezüge zum Thorner Rathaus und zum Hochmeisterpalast in der Marienburg deutlich werden.

Der Aspekt der Denkmalpflege stand ebenfalls im Vordergrund von Stefan *Hartmanns* (Berlin) Referat zu „Kontinuität und Wandel in der ostpreußischen Denkmalpflege. Die Provinzialkonservatoren Adolf Bötticher und Richard Dethlefsen (1889-1928)“. Innerhalb der Behörden besaßen die Konservatoren in Hinblick auf die Denkmalerhaltung nur beratende Funktion. Dies hob die Bedeutung der Vereine im Vorfeld der Denkmalpflege, wie der Altertumsgesellschaft Prussia, der Physikalisch-Technischen Gesellschaft oder der Altertumsgesellschaft Insterburg. Mit ihnen arbeitete Bötticher bei seiner Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler eng zusammen. Sie sollte die Bedeutung des Denkmalschutzes unterstreichen, den Bötticher durch die Verwaltung nur unzureichend gewährleistet, als zu feinsinnig für die „ostpreußischen Halbrussen“ sah. Sein Nachfolger Dethlefsen stieg über Arbeiten am Königsberger Dom zum Provinzialkonservator auf. Er verfocht eine wissenschaftliche Denkmalpflege, zog die Restaurierung der Rekonstruktion vor und stand so in ständigem Konflikt mit Pfarrern und Gemeinden wegen baulicher Veränderungen an ihren Kirchen. Seine gedruckten Jahres- und Tätigkeitsberichte sind bis heute eine bedeutende Quelle für die Kunstgeschichte. Dethlefsen erreichte 1929 den Beginn einer Neuinventarisierung der Kunstdenkmäler der Provinz und kritisierte scharf die Zufälligkeit der Auswahl aus der Inventarisierung Böttichers, die der Aufnahme in den damaligen Dehio-Band zugrunde lag.

Schließlich gab Gabriele *Wiesemann* (Bonn) mit ihrem ihrer kunsthistorischen Dissertation entnommenen Vortrag einen Einblick in „Das Königsberger Werk des Architekten Hanns Hopp (1890-1971)“, dessen Werk bis 1927 ebenso eindeutig expressionistische Züge trägt, wie es nach 1927 an der neuen Wirklichkeit orientiert ist. Hopp, 1890 in Lübeck geboren, war seit 1919 Leiter des Städtischen Bauamtes in Königsberg. Dies gab ihm während der 20er Jahre ungewöhnlich freie Gestaltungsmöglichkeiten. Die Weltwirtschaftskrise führte 1929 zu seiner Entlassung. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er diffamiert und verfolgt. Später trat er in die Reichskulturkammer ein, baute aber nur noch private Häuser. Im Jahre 1944 verließ er Königsberg und ging nach nach Dresden. Die wichtigsten Bauten seiner Königsberger Zeit waren:

1912	Atmat-Brücke in Memel
1921	Haupteingang der Ostmesse in Gestalt eines Basarzeltens
1922	Empfangsgebäude des Flugplatzes
1922/23	Handelshof
1924/25	Haus der Technik (Messehalle für technisches Gerät)
1927	Wasser- und Aussichtsturm in Pillau
1927	Kino „Capitol“ (erster Bau im neuen Stil, besonders in der Innenausstattung)
1928/30	Mädchengewerbeschule
1929/30	Parkhotel
1932/33	Reichsrundfunkgebäude

Nach dem Krieg machte Hopp eine zweite Karriere in der DDR. 1945 trat er in die KPD ein und war seit 1949 für alle Hochbauprojekte zuständig. In dieser Funktion entwickelte er Wiederaufbaupläne in Anlehnung an Le Corbusier. Als Ulbricht auch eine architektonische Nachahmung der UdSSR forderte, war Hopp dafür der ideale Ansprechpartner. In seiner Ausbildung während der Kaiserzeit hatte er gelernt, vollendet mit den architektonischen Elementen des historistischen Baukastens zu arbeiten. So geht die Stalinallee 1951/52 auf seine Entwürfe zurück. Hopp wurde 1957 emeritiert und ist 1971 verstorben.

Zum Abschluß ihres reich bebilderten Vortrages gab die Referentin noch einen Überblick über den heutigen Erhaltungszustand der Königsberger Bauten Hopps. Wird die Gewerbeschule heute zwar als Offiziersheim genutzt, so sind die anderen Bauten nur beschädigt, als Torso oder gar nicht mehr erhalten. Es bleibt nicht viel Zeit, diese Denkmäler der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu retten.

Markus *Bauer*, Leiter des in Aufbau befindlichen Schlesischen Museums Görlitz, führte die interessierten Teilnehmer zu Sehenswürdigkeiten der Stadt. Höhepunkte des Rundgangs waren die Besichtigung der Oberlausitzischen Bibliothek der Wissenschaften und des noch in Renovierung befindlichen Schönhofes, der einmal das Schlesische Museum Görlitz beherbergen wird, und der Peter- und Paulskirche. Die Bibliothek entstand im Jahre 1950 durch Vereinigung der Büchersammlung der 1779 gegründeten Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften und der 1727 als Legat nach Görlitz gelangten Milichschen Stadt- und Gymnasialbibliothek, ursprünglich eine Privatsammlung der Schweidnitzer Juristen Johann und Johann Gottlieb Milich. Leider haben beide Einzelbibliotheken große Verluste durch kriegsbedingte Auslagerungen in Gebiete östlich der Oder zu verzeichnen, die dazu führten, daß wertvolle Bestände heute in Breslau und in Krakau liegen. Der heutige Bestand umfaßt u.a. ca. 110.000 Bände, 145 Handschriften und 60 Inkunabeln, die in einem pittoresken Ensemble aufeinanderfolgender Triumphbögen aufgestellt sind.

Mit der Ankündigung des Vorsitzenden der Historischen Kommission, Bernhart Jähmig, für das nächstjährige Treffen in Allenstein schloß eine erfolgreiche Tagung, der auch das regnerische Wetter, das die Teilnehmer ausgerechnet während ihres Stadtrundganges traf, keinen Abbruch tun konnte.

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 1999.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.